

Wachsendes Unbehagen

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 70 vom 23. März 2023

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 70 vom 23. März 2023, S. 10,
unter dem Titel:

"Das Unbehagen wächst. Die Bevölkerung vermisst eine
interessengeleitete Migrationspolitik."

TABELLENÜBERSICHT

| | | | |
|-----------|---|---|--|
| Tabelle | A | 1 | Regionale Situation |
| | A | 2 | Sorge vor Flüchtlingsandrang aus außereuropäischen Ländern |
| | A | 3 | Für strengere Asylregeln |
| | A | 4 | Bevölkerung sieht eher Nachteile durch Zuwanderung |
| | A | 5 | Lockerungen von Zuwanderungsregeln, die mehrheitlich begrüßt werden ... |
| | A | 6 | ... anders als rascher Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft |
| | A | 7 | Sinkendes Zutrauen in die Ampelparteien bei der Regelung der Zuwanderung |
| | A | 8 | In Bezug auf Flüchtlingspolitik wenig Vertrauen in alle Parteien |
| | B | 1 | Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage) |
| Schaubild | | 1 | Sorgen über die Flüchtlingssituation |
| | | 2 | Aufnahmekapazität erschöpft? |
| | | 3 | Die Unterstützung für das Asylrecht erodiert |
| | | 4 | Abmilderung des Fachkräftemangels? |
| | | 5 | Zweifel in Bezug auf die Qualifikation |
| | | 6 | Ganz unterschiedliche Einschätzung der Integrationschancen |
| | | 7 | Konsens: Regelungsbedarf |

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Wachsendes Unbehagen

Die Bevölkerung vermisst eine interessengeleitete Migrationspolitik

2022 wurden in Deutschland knapp 1,3 Millionen Flüchtlinge registriert, deutlich mehr als 2015 und 2016. Viele Kommunen sind an der Belastungsgrenze, eine Entwicklung, die von den Bürgern aufmerksam verfolgt wird. 71 Prozent berichten, dass in ihrer näheren Region Flüchtlinge untergebracht wurden; in der Mehrzahl der Fälle gibt es mittlerweile Unterbringungsprobleme. Der Anteil, der im eigenen Umfeld derartige Probleme registriert, ist seit Herbst letzten Jahres steil angestiegen, von 38 auf 53 Prozent. 2015 wurden von den Bürgern und Bürgerinnen jedoch noch weitaus mehr Probleme registriert. Damals mussten aus dem Stand enorme Unterbringungskapazitäten aufgebaut werden, die zwar insbesondere während der Pandemie weniger genutzt und teilweise wieder abgebaut wurden; die noch vorhandenen bzw. wieder reaktivierten

Tabelle A 1

Unterbringungsmöglichkeiten haben im Verbund mit den Erfahrungen und den eingeübten Prozedere der Kommunen die Aufnahme derart vieler Menschen überhaupt möglich gemacht. Eine große Rolle spielt dabei auch, dass ukrainische Flüchtlinge weitaus bessere Chancen für eine private Unterbringung hatten als Flüchtlinge aus anderen Ländern. Von den knapp 1,3 Millionen Flüchtlingen kamen 1.045.000 aus der Ukraine, 244.000 aus anderen Ländern.

Die völlig andere Zusammensetzung der Flüchtlinge ist einer der Gründe, warum die Bevölkerung trotz der hohen Flüchtlingszahlen weitaus weniger beunruhigt ist als 2015. Es macht für die Reaktion auf Fluchtwellen einen großen Unterschied, ob die Flüchtlinge aus einem ähnlichen Kulturkreis stammen und von ihrer soziodemografischen Zusammensetzung her den Vorstellungen der Bevölkerung von Flüchtlingen entsprechen, d.h. dass vor allem Frauen und Kinder kommen. Zwar ist die Besorgnis über die Flüchtlingssituation seit Herbst letzten Jahres signifikant angestiegen: Im Oktober waren 30 Prozent über die Entwicklung sehr besorgt, aktuell sind es 39 Prozent. Dieser Anteil liegt jedoch weit

Schaubild 1

niedriger als 2015, als in der Spitze 53 Prozent der Bürger außerordentlich beunruhigt waren.

Trotz der zurzeit noch überwiegend entspannten Stimmungslage der Bevölkerung hat sich in den letzten Monaten die Überzeugung durchgesetzt, dass die Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen ausgeschöpft sind. Nur jeder Fünfte geht davon aus, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen kann, 59 Prozent halten dies für nicht möglich, in Ostdeutschland 69 Prozent. 2015 schätzte die Bevölkerung die Situation ähnlich ein; ab 2018 ging parallel zu den sinkenden Flüchtlingszahlen die Überzeugung zurück, dass die Kapazitäten ausgereizt sind. Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine führte zunächst nicht zu einer Trendumkehr: Im Herbst 2022 sahen erst 43 Prozent keinen Spielraum für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge. In den Monaten danach veränderte sich die Einschätzung der Bevölkerung gravierend; dies geht nicht nur auf die wachsenden Probleme vieler Kommunen zurück, sondern auch auf die Sorge der Mehrheit, dass es erneut zu einem Andrang von Flüchtlingen aus anderen Weltregionen nach Europa und insbesondere nach Deutschland kommt. Während 39 Prozent über die aktuelle

Schaubild 2

Schaubild 1

Flüchtlingssituation beunruhigt sind, machen sich 57 Prozent große Sorgen, dass die Flüchtlingszahlen aus außereuropäischen Regionen erheblich ansteigen könnten. Die Entwicklung der Asylanträge zeigt, dass diese Erwartung durchaus realistisch ist.

Tabelle A 2

Ein starker Anstieg der Flüchtlingszahlen aus anderen Weltregionen würde auf eine gänzlich andere Reaktion treffen als die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Dies stellt die Politik vor die Herausforderung, sich klarer zu positionieren. Das Recht auf Asyl ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nie ernsthaft in Frage gestellt worden, auch infolge der deutschen Geschichte. Die Bevölkerung stand mehrheitlich immer hinter dem Asylrecht, auch nach 2015. Noch 2017 hielten es 52 Prozent für richtig, dass Deutschland Flüchtlingen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asyl gewährt, 39 Prozent forderten eine Einschränkung dieses Rechts. Seither ist die Unterstützung jedoch erodiert: Aktuell unterstützen nur noch 39 Prozent das geltende Asylrecht, 49 Prozent fordern Einschränkungen (Schaubild 3). Dieser Meinungswandel hat auch damit zu tun, dass das geltende Recht in der Praxis nur begrenzt funktioniert und abschlägig beschiedene Asylgesuche oft keine

Schaubild 3

Konsequenzen haben. Die große Mehrheit wünscht eine restriktive Handhabung des Asylrechts, nur 13 Prozent plädieren für eine großzügige Handhabung. Wenn es nicht gelingt, das Vertrauen zu stärken, dass von der Asylpraxis keine Stimuli für ungesteuerte Zuwanderung ausgehen, läuft man Gefahr, dass der Rückhalt für das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl weiter erodiert.

Tabelle A 3

Besonders riskant ist es, keine klare Trennlinie zwischen Asyl und Zuwanderungssteuerung zu ziehen. Auch Fluchtbewegungen, die nicht unter das Asylrecht fallen, sind etwas völlig anderes als die Steuerung von Arbeitsmigration. In der politischen Debatte wird dies oft fahrlässig miteinander vermischt und suggeriert, dass Flüchtlingswellen per se zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels beitragen. Auch wenn durchaus ein beträchtlicher Anteil der Flüchtlinge, die 2015 und 2016 nach Deutschland kamen, mittlerweile sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, nährt eine generelle Einordnung von Flüchtlingswellen als Heilmittel für den Arbeitsmarkt das Misstrauen der Bevölkerung, ob die Zuwanderungspolitik primär an den Interessen des Landes ausgerichtet ist.

Während Politik und Wirtschaft immer drängender betonen, wie sehr Deutschland auf Zuwanderung angewiesen ist, dominiert in der Bevölkerung Skepsis. Die Überzeugung, dass Zuwanderung für Deutschland mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt, wächst sogar. Vor knapp 10 Jahren verbanden 38 Prozent der Bevölkerung mit Zuwanderung vorwiegend Nachteile, mittlerweile sind es 56 Prozent, in Ostdeutschland sogar 67 Prozent. Der Anteil, der von gravierenden Nachteilen ausgeht, hat sich von 15 auf 32 Prozent mehr als verdoppelt. Nur 17 Prozent sehen aktuell überwiegend Vorteile der Zuwanderung, 20 Prozent eine ausgeglichene Bilanz von positiven und negativen Effekten.

Tabelle A 4

Für Politik und Wirtschaft steht außer Frage, dass Zuwanderung der wirksamste Hebel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ist. Die Bevölkerung ist hier völlig gespalten: 42 Prozent sind überzeugt, dass der Fachkräftemangel durch Zuwanderung zumindest abgemildert werden kann, ebenso viele äußern dezidierte Zweifel. Noch skeptischer wird das Potential von Flüchtlingen eingeschätzt: Lediglich 23 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass auch die

Schaubild 4

Flüchtlinge, die zurzeit nach Deutschland kommen, dazu beitragen werden, die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu entspannen. Das hat auch damit zu tun, dass die Qualifikation der Flüchtlinge weit überwiegend als gering eingeschätzt wird. Nur 14 Prozent der Bevölkerung gehen davon aus, dass unter den Flüchtlingen viele gut ausgebildete Kräfte sind, zwei Drittel vermuten dagegen nur einen geringen Anteil gut Qualifizierter. Bemerkenswert ist, dass die Skepsis in Bezug auf die Bildung und Qualifikation heute noch größer ist als 2015.

Schaubild 5

Das ist erstaunlich, da 2022 8 von 10 Flüchtlingen aus der Ukraine stammten. Deren Chancen, in den deutschen Arbeitsmarkt integriert zu werden, bewertet die Bevölkerung jedoch ungleich besser als die Chancen von Flüchtlingen aus anderen Ländern wie Syrien und Afghanistan, den abseits der Ukraine bedeutendsten Fluchtländern. Die Integrationschancen ukrainischer Flüchtlinge halten 50 Prozent der Bevölkerung für gut, die von Flüchtlingen aus anderen Ländern lediglich 12 Prozent; 80 Prozent sind überzeugt, dass diese Flüchtlinge nur mühsam in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können.

Schaubild 6

Qualifikation, Integrationsfähigkeit und eine an diesen Kriterien orientierte Zuwanderungspolitik sind die Schlüssel zur Akzeptanz von Zuwanderung. Die Mehrheit zieht zwar eine negative Bilanz der bisherigen Zuwanderung, unterstützt aber durchaus Regelungen, die qualifizierte Zuwanderung fördern. So befürworten 55 Prozent den Vorschlag, dass gut ausgebildete Kräfte, die über Berufserfahrung und zumindest begrenzte Sprachkenntnisse verfügen, sich in Deutschland ansiedeln können, auch wenn sie noch nicht über einen Arbeitsplatz verfügen; lediglich 22 Prozent votieren dagegen. Das Vorhaben, nicht anerkannten Zuwanderern trotzdem ein dauerhaftes Bleiberecht zuzuerkennen, wenn sie Deutschkenntnisse und eine Erwerbstätigkeit, die ihren Lebensunterhalt sichert, nachweisen können, wird von 51 Prozent gutgeheißen; lediglich 29 Prozent sehen eine solche Regelung kritisch. Weniger Unterstützung findet das Vorhaben, die deutsche Staatsangehörigkeit bereits nach 5 Jahren Aufenthalt zu ermöglichen, statt bisher nach 8 Jahren.

Tabelle A 5

Tabelle A 6

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit keineswegs grundsätzlich Zuwanderung ablehnend gegenübersteht. Wenn sie an den

Interessen des Landes orientiert gesteuert wird, findet sie die Unterstützung der Mehrheit. Das Zutrauen, dass dieser Leitgedanke die Zuwanderungspolitik bestimmt und dass die Steuerung von Zuwanderung klar von dem Umgang mit Fluchtwellen und Asylgesuchen getrennt wird, fehlt zurzeit jedoch weitgehend. Die Bevölkerung wünscht sich klar definierte Ziele und Kontrolle, kann sie jedoch nur in Ansätzen erkennen. Dies führt dazu, dass die überwältigende Mehrheit ein Zuwanderungsgesetz fordert, mehr als je zuvor in den letzten Jahren. 2010 hielten nur 57 Prozent ein Zuwanderungsgesetz für notwendig, 2015 dann 74 Prozent, aktuell sind es 86 Prozent. Auch wenn darauf verwiesen wird, dass ein Zuwanderungsgesetz weder den Zuzug aus der EU noch den Umgang mit Fluchtbewegungen regeln könnte, bleibt die Mehrheit bei ihrer Forderung nach konsequenter Regelung und Kontrolle.

Schaubild 7

Das Vertrauen, dass die Regierungsparteien den Zuzug nach Deutschland im Interesse des Landes sinnvoll regeln, ist zurzeit gering. Nur knapp ein Fünftel der Bevölkerung traut ihnen eine überzeugende Regelung zu; alle Parteien der Ampelkoalition haben auf diesem Gebiet seit Anfang 2022 gravierend an Vertrauen

verloren: Vor einem Jahr trauten 18 Prozent der SPD eine überzeugende Zuwanderungsregelung zu, aktuell 10 Prozent; das Vertrauen in die Grünen ist von ohnehin niedrigem Niveau von 9 auf 6 Prozent zurückgegangen, das in die FDP sogar von 7 auf 4 Prozent. Gegenläufig wird allen Oppositionsparteien auf diesem Feld heute mehr Vertrauen entgegengebracht, insbesondere den Unionsparteien, aber auch der AfD. In Bezug auf den Umgang mit der Flüchtlingssituation ist das Vertrauen in alle Parteien gering.

Tabelle A 7

Tabelle A 8

Es hängt viel davon ab, dass die Bevölkerung verstärkt Vertrauen fasst, dass in Deutschland Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik klar getrennt werden und die Zuwanderungspolitik nicht darauf ausgerichtet wird, aus einer ungesteuerten Zuwanderung das Beste zu machen, sondern sie an den Interessen des Landes ausgerichtet zu steuern. Nur dann wird die gesellschaftliche Akzeptanz von Zuwanderung erhalten und gestärkt, die eine Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden in einer immer mehr von Migration geprägten Gesellschaft ist.

UNTERSUCHUNGSDATEN

| | |
|--------------------------|--|
| Befragter Personenkreis: | Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland |
| Anzahl der Befragten: | 1101 |
| Befragungszeitraum: | 2.3. bis 15.03.2023 |
| Methode: | Repräsentative Quotenauswahl |
| Art der Interviews: | Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face) |

Anhangtabellen

Regionale Situation

Tabelle A 1a)
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wissen Sie das zufällig: Sind bei Ihnen in der Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht worden, oder ist das nicht der Fall?"

2023

| | Bevölkerung insgesamt % |
|--------------------------------|-------------------------------|
| Flüchtlinge untergebracht..... | 71 |
| Nicht der Fall..... | 10 |
| Weiß nicht..... | <u>19</u> |
| | 100 |

Tabelle A 1b)
Personen, in deren Region
Flüchtlinge untergebracht
wurden

FRAGE: "Und sorgt die Unterbringung der Flüchtlinge für Probleme, weil z.B. nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht oder die Wohnverhältnisse nicht gut sind, oder gibt es mit der Unterbringung keine Probleme?"

| | Personen, in deren Regionen Flüchtlinge untergebracht wurden | | |
|----------------------------------|---|-----------|-----------|
| | 2015 % | 2022 % | 2023 % |
| Sorgt für Probleme..... | 72 | 38 | 53 |
| Gibt keine Probleme..... | 16 | 39 | 23 |
| Unentschieden, keine Angabe..... | <u>12</u> | <u>23</u> | <u>24</u> |
| | 100 | 100 | 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11046, 12061, 12068

Sorge vor Flüchtlingsandrang aus außer-europäischen Ländern

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen, und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"

Bevölkerung
insgesamt

%

Auszug aus den Vorgaben

Dass es erneut zu einem Andrang von
Flüchtlings nach Europa kommt..... 57

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066

Für strengere Asylregeln

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das: Sollte Deutschland für die Aufnahme von Asylbewerbern eher strenge Regeln haben und nur wenigen Asyl gewähren, oder sollte Deutschland da eher großzügige Regeln haben?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|--------------------------------|--------------------------|
| | % |
| Streng, nur wenigen Asyl | 63 |
| Großzügig | 13 |
| Unentschieden | <u>24</u> |
| | 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12068, März 2023

Bevölkerung sieht eher Nachteile durch Zuwanderung

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie schätzen Sie das ganz generell ein: Hat Deutschland durch die Zuwanderung alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? Würden Sie sagen ..."

| | Bevölk. insg. | | West | Ost |
|--|---------------|------|------|-----|
| | 2014 | 2023 | | |
| | % | % | % | % |
| „die Vorteile überwiegen deutlich“ | 6 | 7 | 8 | 4 |
| „die Vorteile überwiegen etwas“ | 15 | 10 | 12 | 4 |
| „Vor- und Nachteile gleichen sich aus“ | 29 | 20 | 21 | 17 |
| „die Nachteile überwiegen etwas“ | 23 | 24 | 23 | 27 |
| „die Nachteile überwiegen deutlich“ | 15 | 32 | 30 | 40 |
| Unentschieden, keine Angabe | 12 | 7 | 7 | 8 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |

(Zusammenfassende Werte in Klammern:
 - Vorteile überwiegen: 21 (2014) / 17 (2023)
 - Nachteile überwiegen: 38 (2014) / 56 (2023)
 - Unentschieden: 67 (2014) / 67 (2023)

Lockerungen von Zuwanderungsregeln,
die mehrheitlich begrüßt werden ...

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, gibt es den Vorschlag, dass auch Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland kommen dürfen, die noch keinen Arbeitsplatz in Aussicht haben, aber Sprachkenntnisse und Berufserfahrung mitbringen. Halten Sie das alles in allem für einen guten oder für keinen guten Vorschlag?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|----------------------------|--------------------------|
| | % |
| Guter Vorschlag | 55 |
| Kein guter Vorschlag | 22 |
| Unentschieden | <u>23</u> |
| | 100 |

FRAGE: "Derzeit leben in Deutschland viele Zuwanderer, die hier nicht anerkannt sind, sondern nur geduldet. Diesen soll es in Zukunft erleichtert werden, dauerhaft in Deutschland bleiben zu können, wenn sie unter anderem Deutschkenntnisse nachweisen und ihren eigenen Lebensunterhalt sichern können. Halten Sie das alles in allem für eine vernünftige Regelung oder für keine vernünftige Regelung?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|----------------------------------|--------------------------|
| | % |
| Vernünftige Regelung | 51 |
| Keine vernünftige Regelung | 29 |
| Unentschieden | <u>20</u> |
| | 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12068, März 2023

... anders als rascher Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Bundesregierung plant, dass Zuwanderer, die schon mehrere Jahre in Deutschland leben, in Zukunft früher die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können. Statt wie bislang nach acht Jahren soll dies für Zuwanderer künftig bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich sein. Halten Sie das alles in allem für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|---------------------------|--------------------------|
| | % |
| Gute Maßnahme | 32 |
| Keine gute Maßnahme | 42 |
| Unentschieden | <u>26</u> |
| | 100 |

Sinkendes Zutrauen in die Ampelparteien bei der Regelung der Zuwanderung

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, den Zuzug von Zuwanderern (2022: Ausländern) sinnvoll zu regeln, wen würden Sie da nennen?"

| | Bevölkerung insgesamt | |
|---------------------|-----------------------|------|
| | 2022 | 2023 |
| | % | % |
| CDU | 20 | 25 |
| AfD | 15 | 21 |
| SPD..... | 18 | 10 |
| CSU | 5 | 7 |
| Die Grünen..... | 9 | 6 |
| FDP..... | 7 | 4 |
| Die LINKE | 2 | 4 |
| Andere Partei | 1 | 1 |
| Keine Partei..... | 14 | 18 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12049, 12068

In Bezug auf Flüchtlingspolitik wenig Vertrauen
in alle Parteien

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Welche Partei hat das beste Konzept, die besten Ideen für den Umgang mit der Flüchtlingssituation?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|---------------------|--------------------------|
| | % |
| AfD | 14 |
| CDU | 13 |
| SPD..... | 8 |
| Die Grünen..... | 5 |
| CSU | 4 |
| FDP..... | 2 |
| Die Linke | 2 |
| Andere Partei | 2 |
| Keine Partei..... | 20 |
| Unentschieden | 32 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12068, März 2023

| Zweitstimmen | Gesamtdeutschland | | | | | | |
|--------------------------|-------------------|----------|----------|----------------------|-------------------|----------|---------------|
| | CDU/ CSU % | FDP % | SPD % | Bü.90/ GRÜNE % | DIE LINKE % | AfD % | Sonstige % |
| 2017: Jahresdurchschnitt | 36,0 | 9,0 | 25,0 | 8,5 | 8,5 | 9,0 | 4,0 |
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 24.9.2017 | 32,9 | 10,7 | 20,5 | 8,9 | 9,2 | 12,6 | 5,2 |
| 2018: Jahresdurchschnitt | 31,5 | 9,5 | 19,0 | 13,0 | 9,5 | 13,5 | 4,0 |
| 2019: Jahresdurchschnitt | 30,0 | 7,5 | 16,0 | 20,5 | 8,0 | 13,0 | 5,0 |
| 2020: Jahresdurchschnitt | 35,5 | 6,5 | 16,0 | 20,0 | 7,5 | 10,0 | 4,5 |
| 2021: 10.-20. Januar | 37,0 | 6,5 | 16,0 | 20,0 | 7,5 | 9,0 | 4,0 |
| 4. - 17. Februar | 37,0 | 7,0 | 15,0 | 20,0 | 7,0 | 9,5 | 4,5 |
| 8. - 21. März | 28,5 | 8,5 | 18,0 | 21,5 | 8,5 | 10,0 | 5,0 |
| 6. - 15. April | 28,0 | 10,0 | 16,5 | 23,0 | 7,5 | 9,5 | 5,5 |
| 23. April - 6.Mai | 26,0 | 10,0 | 17,0 | 26,0 | 7,0 | 9,0 | 5,0 |
| 1. - 13. Mai | 27,5 | 10,0 | 16,0 | 24,0 | 6,5 | 10,0 | 6,0 |
| 28. Mai - 9. Juni | 29,5 | 11,0 | 17,0 | 21,5 | 7,0 | 9,0 | 5,0 |
| 3. - 14. Juli | 31,5 | 12,0 | 16,5 | 18,0 | 6,5 | 9,5 | 6,0 |
| 3. - 22. Juli | 30,0 | 12,0 | 16,0 | 19,5 | 7,0 | 9,5 | 6,0 |
| 5. - 17. August | 27,5 | 11,0 | 19,5 | 17,5 | 7,5 | 11,0 | 6,0 |
| 18. - 26. August | 26,0 | 10,5 | 24,0 | 17,0 | 6,0 | 10,5 | 6,0 |
| 1. - 7. Sept. | 25,0 | 9,5 | 27,0 | 15,5 | 6,0 | 11,0 | 6,0 |
| 16. - 23. Sept. | 25,0 | 10,5 | 26,0 | 16,0 | 5,0 | 10,0 | 7,5 |
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 26.9.2021 | 24,1 | 11,5 | 25,7 | 14,8 | 4,9 | 10,3 | 8,7 |
| 1. - 14. Oktober | 21,0 | 14,0 | 28,0 | 15,0 | 5,0 | 9,5 | 7,5 |
| 29.Okt.-11.Nov. | 23,0 | 14,0 | 27,0 | 15,0 | 5,5 | 9,5 | 6,0 |
| 1. - 15. Dezember | 24,0 | 13,0 | 26,0 | 15,0 | 5,0 | 10,5 | 6,5 |
| 2022: 6. - 20. Januar | 23,0 | 12,5 | 27,5 | 14,5 | 5,5 | 10,0 | 7,0 |
| 3. - 16. Februar | 27,0 | 10,5 | 25,0 | 15,0 | 6,0 | 10,0 | 6,5 |
| 9. - 21. März | 25,0 | 10,5 | 25,0 | 17,0 | 5,0 | 10,0 | 7,5 |
| 25. März - 6. Apr. | 24,0 | 9,0 | 28,0 | 17,0 | 6,0 | 9,0 | 7,0 |
| 6. - 18. Mai | 29,0 | 8,0 | 24,0 | 20,5 | 4,5 | 9,0 | 5,0 |
| 3. - 17. Juni | 27,0 | 8,0 | 23,0 | 22,0 | 4,5 | 10,0 | 5,5 |
| 8. - 21. Juli | 27,5 | 7,0 | 22,0 | 22,0 | 5,0 | 11,0 | 5,5 |
| 5. - 18. August | 29,0 | 8,0 | 19,5 | 21,0 | 5,0 | 12,0 | 5,5 |
| 1. - 14. September | 30,0 | 7,0 | 20,0 | 19,0 | 5,5 | 13,0 | 5,5 |
| 1. - 13. Oktober | 30,5 | 7,0 | 19,0 | 19,0 | 5,0 | 14,0 | 5,5 |
| 5. - 17. November | 29,5 | 7,0 | 20,0 | 20,0 | 4,0 | 14,0 | 5,5 |
| 2. - 15. Dezember | 30,0 | 7,5 | 22,0 | 18,0 | 4,5 | 12,0 | 6,0 |
| 2023: 5. - 18. Januar | 31,0 | 6,0 | 21,0 | 17,0 | 4,5 | 14,0 | 6,5 |
| 27. Jan. - 9. Febr. | 30,0 | 7,5 | 22,5 | 16,0 | 4,0 | 14,0 | 6,0 |
| 2. - 15. März | 31,0 | 6,5 | 21,0 | 16,0 | 4,5 | 15,0 | 6,0 |

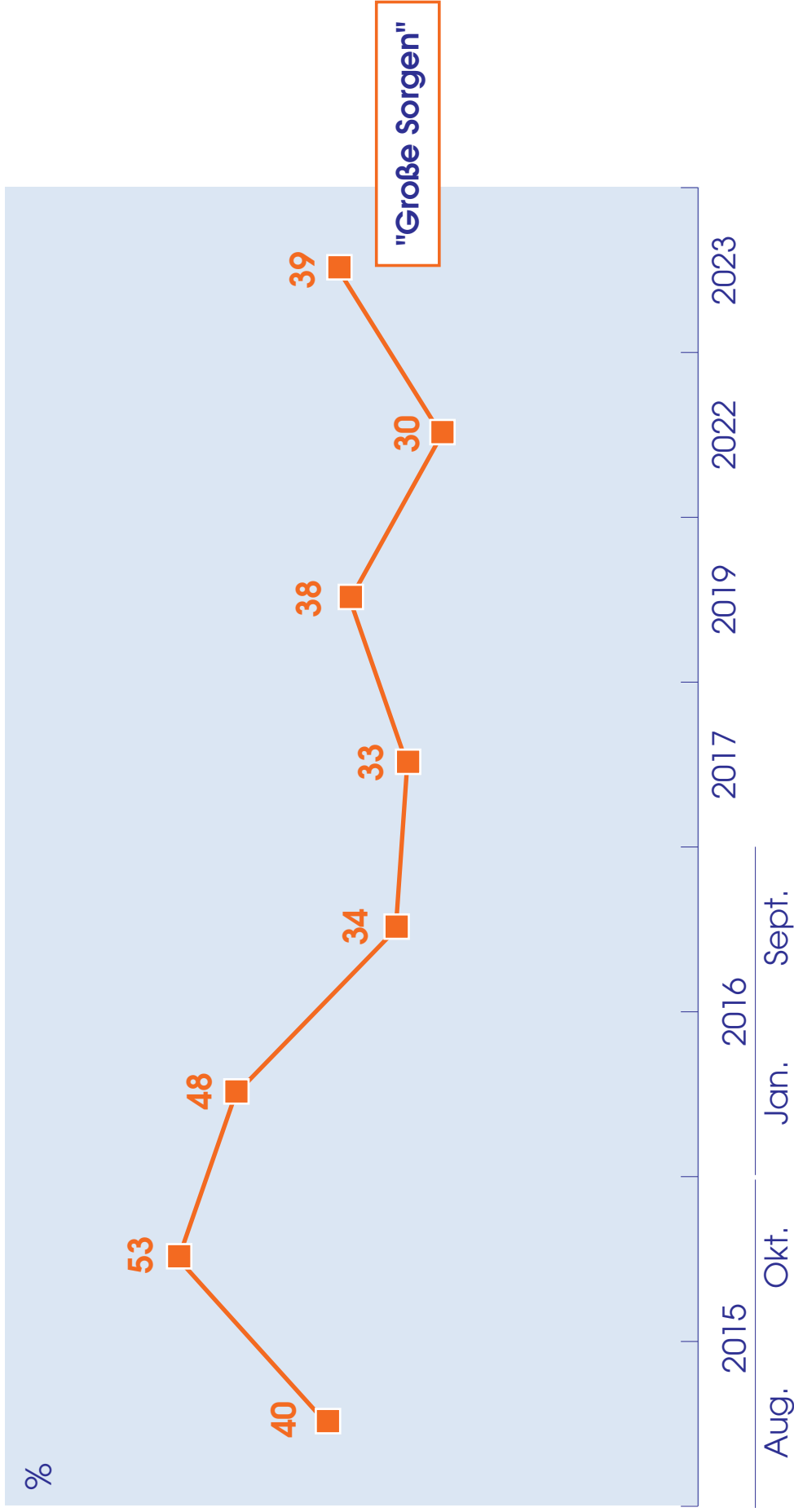
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.101 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

Schaubilder

Sorgen über die Flüchtlingssituation

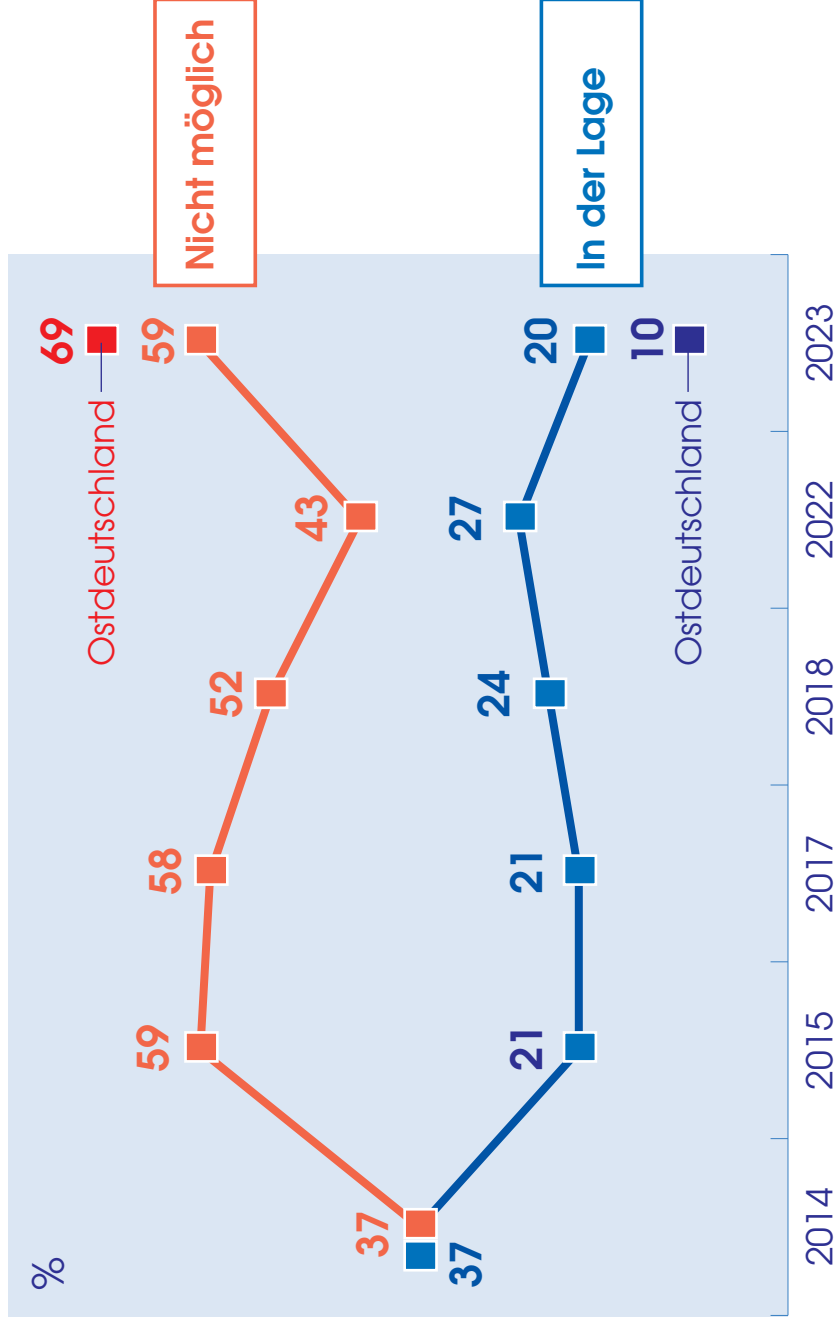
Frage: "Bereitet Ihnen die Flüchtlingssituation in Deutschland Sorgen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12068

Aufnahmekapazität erschöpft?

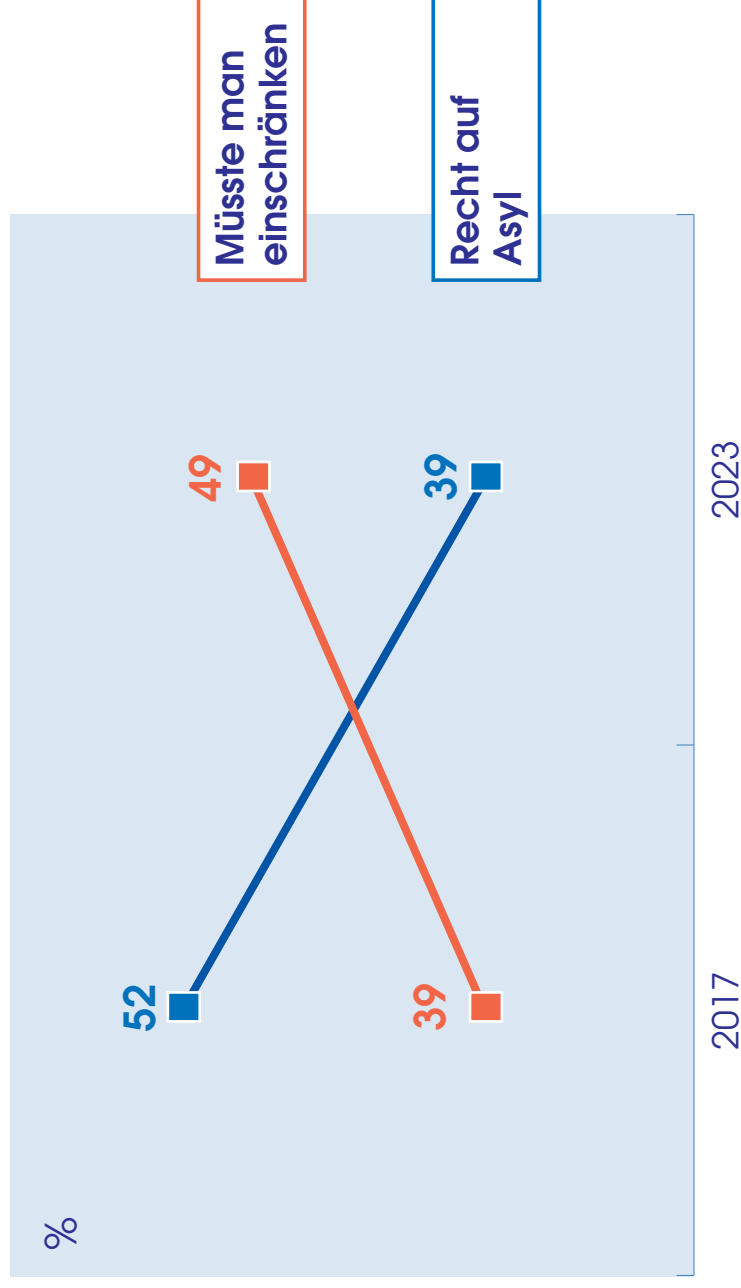
Frage: "Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, oder ist das nicht möglich?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12068

Die Unterstützung für das Asylrecht erodiert

Frage: "In Deutschland ist im Grundgesetz ein sogenanntes Asylrecht festgeschrieben. Dieses legt fest, dass Personen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, in Deutschland Asyl erhalten. Finden Sie dieses Recht auf Asyl gut, oder müsste man dieses Recht einschränken?"

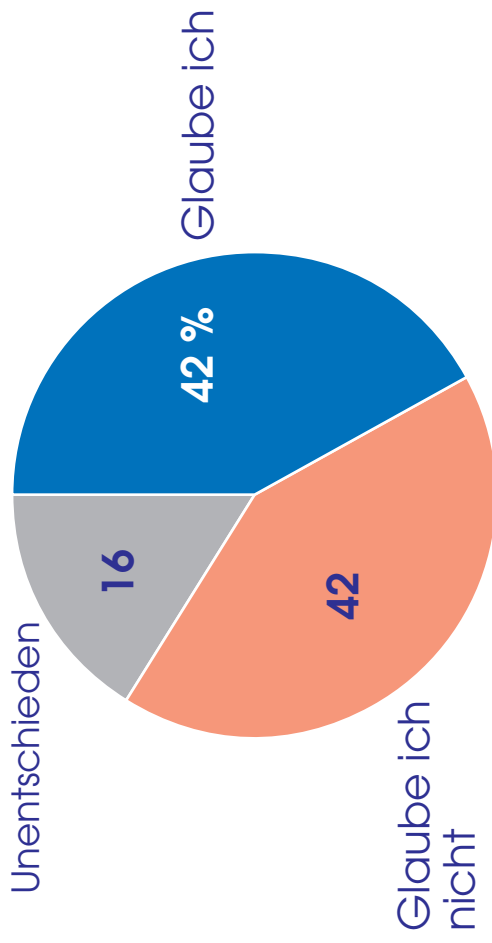


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11077, 12068

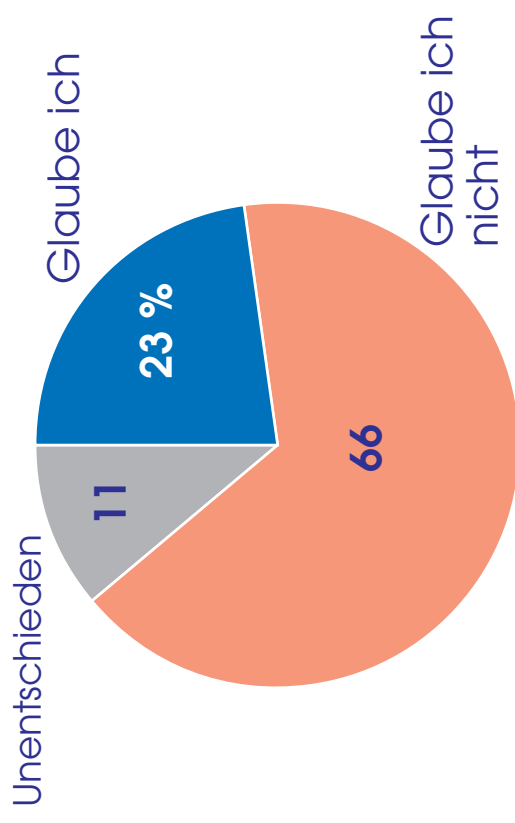
Abmilderung des Fachkräftemangels?

Der Fachkräftemangel kann abgemildert werden durch -

Zuwanderung aus dem Ausland



die Flüchtlinge, die zurzeit kommen



Zweifel in Bezug auf die Qualifikation

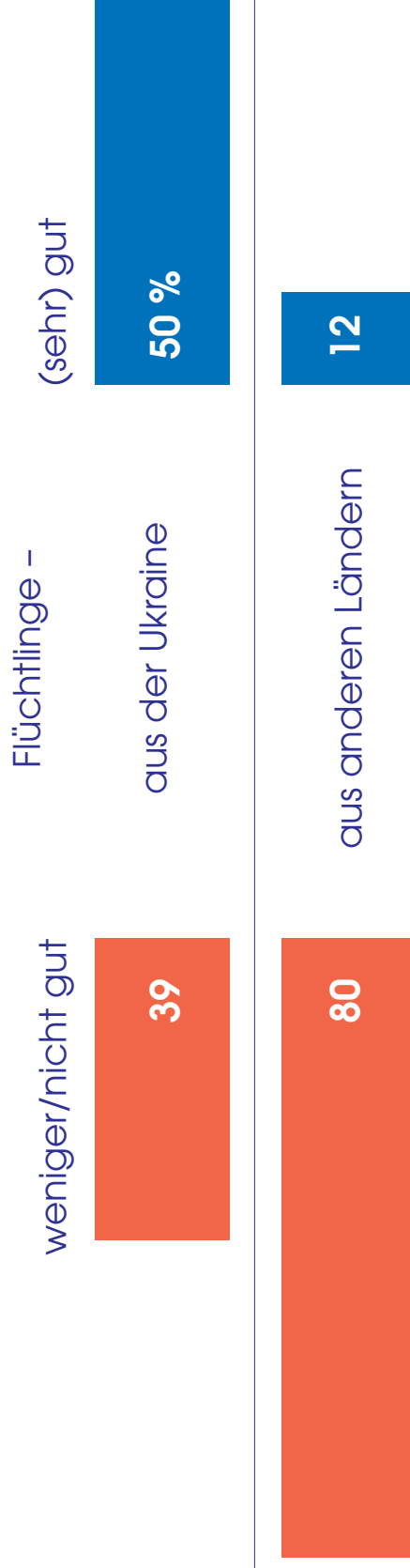
Frage: "Wie schätzen Sie das ein: Sind unter den Flüchtlingen, die zurzeit nach Deutschland kommen, viele gut ausgebildete Arbeitskräfte, oder sind das eher wenige?"

| | 2015 % | 2023 % |
|-----------------------|-----------|-----------|
| Viele gut ausgebildet | 14 | 14 |
| Eher wenige | 51 | 67 |
| Unentschieden | 35 | 19 |
| | 100 | 100 |

Ganz unterschiedliche Einschätzung der Integrationschancen

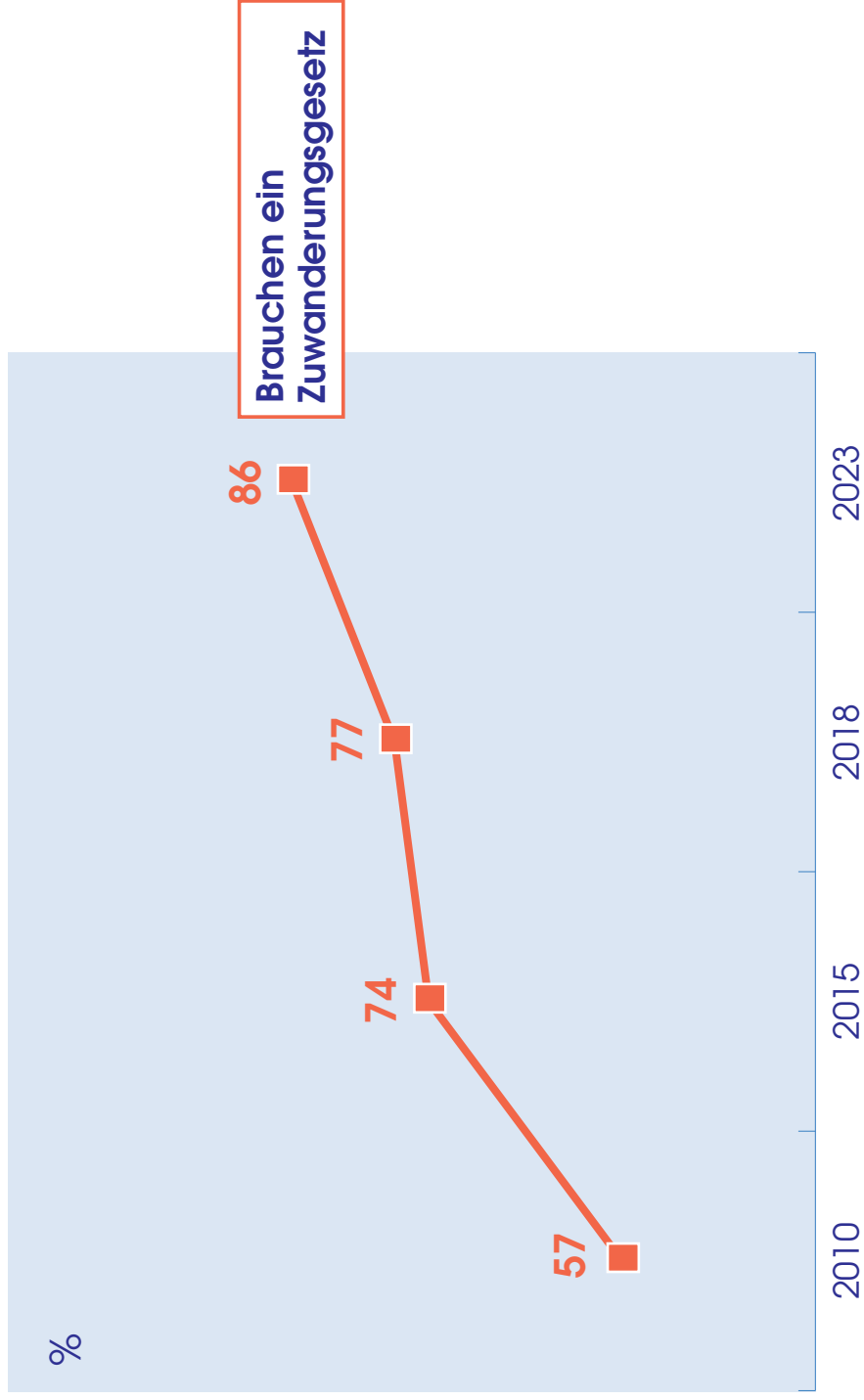
Fragen: "Wie schätzen Sie ganz allgemein die Chancen ein, die Flüchtlinge aus der Ukraine/aus anderen Ländern wie z.B. Afghanistan oder Syrien in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren?"

Integrationschancen in den Arbeitsmarkt sind –



Konsens: Regelungsbedarf

Frage: "Brauchen wir in Deutschland ein Zuwanderungsgesetz, also ein Gesetz, das die Zuwanderung regelt, oder ist das in Ihren Augen nicht notwendig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12068

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 70
vom 23. März 2023, S. 10, unter dem Titel:

"Das Unbehagen wächst. Die Bevölkerung vermisst
eine interessen geleitete Migrationspolitik."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

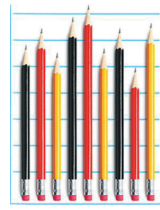
Das Unbehagen wächst

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland knapp 1,3 Millionen Flüchtlinge registriert, deutlich mehr als 2015 und 2016. Viele Kommunen sind an der Belastungsgrenze. Das wird von den Bürgern aufmerksam verfolgt. 71 Prozent berichten, dass in ihrer näheren Region Flüchtlinge untergebracht wurden; in der Mehrzahl der Fälle gibt es mittlerweile Unterbringungsprobleme. Der Anteil, der im eigenen Umfeld derartige Probleme registriert, ist seit Herbst steil angestiegen, von 38 auf 53 Prozent. 2015 wurden von den Bürgern und Bürgerinnen jedoch noch weitaus mehr Probleme registriert. Damals mussten aus dem Stand enorme Unterbringungskapazitäten aufgebaut werden, die zwar insbesondere während der Pandemie weniger genutzt und teilweise wieder abgebaut wurden; die noch vorhandenen beziehungsweise wieder reaktivierten Unterkünfte haben im Verbund mit Erfahrungen und eingetübten Verfahren der Kommunen die Aufnahme derart vieler Menschen erst möglich gemacht. Eine große Rolle spielt dabei auch, dass ukrainische Flüchtlinge weitaus bessere Chancen für eine private Unterbringung hatten als Flüchtlinge aus anderen Ländern. Von den knapp 1,3 Millionen Flüchtlingen kamen 1.045.000 aus der Ukraine, 244.000 aus anderen Ländern.

Dies ist einer der Gründe, warum die Bevölkerung trotz der hohen Flüchtlingszahlen weniger beunruhigt ist als 2015. Es macht für die Reaktion einen großen Unterschied, ob die Flüchtlinge aus einem ähnlichen Kulturkreis stammen und von ihrer soziodemographischen Zusammensetzung her den Vorstellungen von Flüchtlingen entsprechen, das heißt, dass vor allem Frauen und Kinder kommen. Zwar ist die Besorgnis seit Herbst signifikant angestiegen: Im Oktober waren 30 Prozent über die Entwicklung sehr besorgt, aktuell sind es 39 Prozent. Dieser Anteil liegt jedoch weit niedriger als 2015, als in der Spitze 53 Prozent der Bürger außerordentlich beunruhigt waren.

Trotz der noch überwiegend entspannten Stimmungslage hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass die Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen ausgeschöpft sind. Nur jeder Fünfte glaubt, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen kann, 59 Prozent halten dies für nicht möglich, in Ostdeutschland 69 Prozent. 2015 schätzte die Bevölkerung die Situation ähnlich ein; ab 2018 ging parallel zu den sinkenden Zahlen die Überzeugung zurück, dass die Kapazitäten ausgereizt sind. Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine führte zunächst nicht zu einer Trendumkehr: Im Herbst 2022 sahen erst 43 Prozent keinen Spielraum für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge. In den Monaten danach veränderte sich die Einschätzung gravierend; dies geht nicht nur auf die wachsenden Probleme vieler Kommunen zurück, sondern auch auf die Sorge der Mehrheit, dass es erneut zu einem Andrang von Flüchtlingen aus anderen Weltregionen nach Europa und insbesondere nach Deutschland kommt. Während 39 Prozent über die aktuelle Situation beunruhigt sind, machen sich 57 Prozent große Sorgen, dass die Flüchtlingszahlen aus außereuropäischen Regionen erheblich ansteigen könnten. Die Entwicklung der Asylanträge zeigt, dass dies durchaus realistisch ist.

Ein starker Anstieg der Flüchtlingszahlen aus anderen Regionen trübe auf eine andere Reaktion als die auf Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Dies stellt die Politik vor die Herausforderung, sich klarer zu positionieren. Das Recht auf Asyl ist in Deutschland kaum infrage gestellt worden, auch infolge der deutschen Geschichte. Die Bevölkerung stand mehrheitlich hinter dem Asylrecht, auch nach 2015. Noch 2017 hielten es 52 Prozent für richtig, dass Deutschland Flüchtlingen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asyl gewährt, 39 Prozent forderten eine Einschränkung. Seither ist die Unterstützung jedoch erodiert: Aktuell unterstützen nur noch 39 Prozent das geltende Asylrecht, 49 Prozent fordern Einschränkungen. Das hat auch damit zu tun, dass das geltende Recht in der Praxis nur begrenzt funktio-



Die Bevölkerung vermisst eine interessengeleitete Migrationspolitik.

Von Prof. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

niert und abschlägig beschiedene Asylgesuche oft keine Konsequenzen haben. Die große Mehrheit wünscht eine restriktive Handhabung des Asylrechts, nur 13 Prozent plädieren für eine großzügige Handhabung. Wenn es nicht gelingt, das Vertrauen zu stärken, dass von der Asylpraxis keine Stimuli für ungesteuerte Zuwanderung ausgehen, läuft man Gefahr, dass der Rückhalt für das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl weiter erodiert.

Besonders riskant ist es, nicht klar zwischen Asyl und Zuwanderungssteuerung zu trennen. Auch Fluchtbewegungen, die nicht unter Asylrecht fallen, sind etwas anderes als die Steuerung von Arbeitsmigration. In der Debatte wird dies oft vermischt und suggeriert, dass Flüchtlingswellen per se zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels beitragen. Auch wenn ein großer Teil derer, die 2015 und 2016 kamen, jetzt sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, nährt eine generelle Einordnung von Flüchtlingswellen als Heilmittel für den Arbeitsmarkt das Misstrauen, ob die Zuwanderungspolitik an den Interessen des Landes ausgerichtet ist.

Während Politik und Wirtschaft betonen, wie sehr Deutschland auf Zuwanderung angewiesen ist, dominiert in der Bevölkerung Skepsis. Die Überzeugung,

dass Zuwanderung mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt, wächst sogar. Vor knapp zehn Jahren verbanden 38 Prozent der Bevölkerung mit Zuwanderung vorwiegend Nachteile, mittlerweile sind es 56 Prozent, in Ostdeutschland sogar 67 Prozent. Der Anteil, der von gravierenden Nachteilen ausgeht, hat sich von 15 auf 32 Prozent erhöht. Nur 17 Prozent sehen überwiegend Vorteile der Zuwanderung, 20 Prozent eine ausgeglichene Bilanz von positiven und negativen Effekten.

Für Politik und Wirtschaft steht außer Frage, dass Zuwanderung der wirksamste Hebel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ist. Die Bevölkerung ist gespalten: 42 Prozent sind überzeugt, dass der Fachkräftemangel durch Zuwanderung gemildert werden kann, ebenso viele zweifeln. Noch skeptischer wird das Potential von Flüchtlingen eingeschätzt: Nur 23 Prozent sind überzeugt, dass auch die Flüchtlinge, die zurzeit nach Deutschland kommen, dazu beitragen werden, die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu entspannen. Das hat damit zu tun, dass die Qualifikation der Flüchtlinge überwiegend als gering eingeschätzt wird. Nur 14 Prozent glauben, dass unter den Flüchtlingen viele gut ausgebildete Kräfte sind, zwei Drittel vermuten dagegen nur einen geringen Anteil

gut Qualifizierter. Bemerkenswert ist, dass die Skepsis in Bezug auf die Bildung und Qualifikation heute größer ist als 2015.

Das ist erstaunlich, da 2022 acht von zehn Flüchtlingen aus der Ukraine stammen. Deren Chancen, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, bewertet die Bevölkerung ungleich besser als die Chancen von Flüchtlingen aus Ländern wie Syrien und Afghanistan, den absiebt der Ukraine bedeutendsten Fluchtländern. Die Integrationschancen ukrainischer Flüchtlinge halten 50 Prozent für gut, die von Flüchtlingen aus anderen Ländern lediglich 12 Prozent; 80 Prozent sind überzeugt, dass diese Flüchtlinge nur mühsam in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können.

Qualifikation, Integrationsfähigkeit und eine an diesen Kriterien orientierte Zuwanderungspolitik sind die Schlüssel zur Akzeptanz von Zuwanderung. Die Mehrheit zieht zwar eine negative Bilanz der bisherigen Zuwanderung, unterstützt aber Regelungen, die qualifizierte Zuwanderer fördern. So befürworten 55 Prozent den Vorschlag, dass gut Ausgebildete, die über Berufserfahrung und zumindest begrenzte Sprachkenntnisse verfügen, sich in Deutschland ansiedeln können, auch wenn sie noch keinen Arbeitsplatz haben; 22 Prozent votieren dagegen. Das Vorhaben, nicht anerkannten Zuwanderern trotzdem ein dauerhaftes Bleiberecht zuzuerkennen, wenn sie Deutschkenntnisse und eine Erwerbstätigkeit, die ihren Lebensunterhalt sichert, nachweisen können, wird von 51 Prozent gutgeheißen; lediglich 29 Prozent sehen eine solche Regelung kritisch. Weniger Unterstützung findet das Vorhaben, die deutsche Staatsangehörigkeit bereits nach fünf Jahren Aufenthalt zu ermöglichen statt bisher nach acht Jahren.

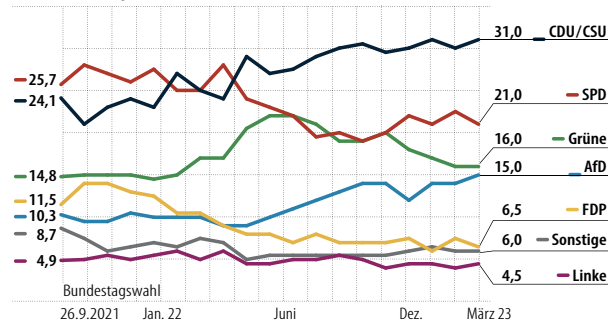
Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit keineswegs grundsätzlich Zuwanderung ablehnend gegenübersteht. Wenn sie an den Interessen des Landes orientiert gesteuert wird, findet sie die Unterstützung der Mehrheit. Das Zutrauen, dass dieser Leitgedanke die Zuwanderungspolitik bestimmt und dass die Steuerung von Zuwanderung klar von dem Umgang mit Fluchtwellen und Asylgesuchen getrennt wird, fehlt zurzeit jedoch weitgehend. Die Bevölkerung wünscht sich klar definierte Ziele und Kontrolle, kann sie jedoch nur in Ansätzen erkennen. Dies führt dazu, dass die überwältigende Mehrheit ein Zuwanderungsgesetz fordert, mehr als je zuvor in den letzten Jahren. 2010 hielten nur 57 Prozent ein Zuwanderungsgesetz für notwendig, 2015 dann 74 Prozent, aktuell sind es 86 Prozent. Auch wenn darauf verwiesen wird, dass ein Zuwanderungsgesetz weder den Zuzug aus der EU noch den Umgang mit Fluchtbewegungen regeln könnte, bleibt die Mehrheit bei ihrer Forderung nach konsequenter Regelung und Kontrolle.

Das Vertrauen, dass die Regierungsparteien den Zuzug im Interesse des Landes regeln, ist gering. Nur knapp ein Fünftel traut ihnen eine überzeugende Regelung zu; alle Parteien der Ampelkoalition haben hier seit Anfang 2022 gravierend an Vertrauen verloren: Vor einem Jahr trauten 18 Prozent der SPD eine überzeugende Zuwanderungsregelung zu, aktuell zehn Prozent; das Vertrauen in die Grünen ist von neun auf sechs Prozent zurückgegangen, das in die FDP sogar von sieben auf vier Prozent. Gegenläufig wird allen Oppositionsparteien auf diesem Feld heute mehr Vertrauen entgegengebracht, insbesondere den Unionsparteien, aber auch der AfD. In Bezug auf den Umgang mit der Flüchtlingssituation ist das Vertrauen in alle Parteien gering.

Es hängt viel davon ab, dass die Bevölkerung Vertrauen fasst, dass in Deutschland Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik getrennt werden und die Zuwanderungspolitik nicht darauf ausgerichtet wird, aus einer ungesteuerten Zuwanderung das Beste zu machen, sondern sie an den Interessen des Landes ausgerichtet zu steuern. Nur dann wird die Akzeptanz von Zuwanderung erhalten und gestärkt, die eine Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden in einer immer mehr von Migration geprägten Gesellschaft ist.

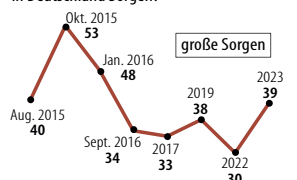
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

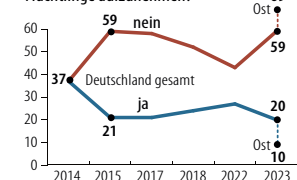


Deutschland und die Flüchtlinge

Bereitet Ihnen die Flüchtlingssituation in Deutschland Sorgen?



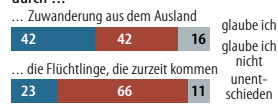
Ist Deutschland in der Lage, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen?



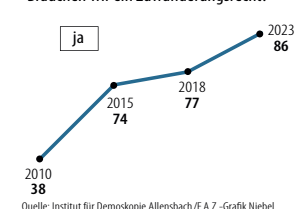
Finden Sie das Recht auf Asyl gut?



Fachkräftemangel kann abgemildert werden durch ...



Brauchen wir ein Zuwanderungsrecht?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel